

INHALT

1. Regierungsfaktionen lassen Albig und Heinold im Regen stehen
2. Massive Kritik am Krisenmanagement von Anstaltsleitung und Ministerium
3. CDU und Piraten wollen Ausschuss für Integration und Flüchtlingspolitik einrichten
4. Union setzt mündliche Anhörung zum Transparenzgesetz durch
5. Norddeutsche CDU-Fraktionen kritisieren zu wenig Zusammenarbeit im SPD-geführten Norden

16.01.2015

Regierungsfaktionen lassen Albig und Heinold im Regen stehen CDU: Finanzministerin muss nachbessern



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Es war ein schwerer Gang für Finanzministerin Monika Heinold: Mehr als zwei Jahre hatte sie nach eigener Aussage im Kabinett und in Abstimmung mit den Regierungsfaktionen eine Kürzung der Zuschüsse für Forschung und Lehre in der Hochschulmedizin vorbereitet. Im Oktober letzten Jahres meldete sie dann einen Betrag von zehn Millionen Euro an den Stabilitätsrat. Am Donnerstag forderte der Finanzausschuss sie mit den Stimmen der Regierungsfaktionen auf, diesen Kürzungsvorschlag zu streichen und dem Stabilitätsrat Alternativen zu melden. Begründung der Regierungsfaktionen: Diese Kürzung verstoße gegen den Koalitionsvertrag. Bereits am Mittwochabend hatte Ministerpräsident Torsten Albig auf dem IHK-Empfang in Lübeck die Entscheidung angekündigt.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer Daniel Günther hatte die Kürzungspläne zuvor als weiteren Tiefschlag gegen die Wissenschaft im Land bezeichnet.

„Eine Milliarde Mehreinnahmen haben SPD, Grüne und SSW im Vergleich zu 2012 zur Verfügung, davon alleine 36 Millionen Euro BaFög-Entlastung, die der Bund vordringlich für die Hochschulen vorgesehen hatte. Und SPD, Grüne und SSW kürzen ausgerechnet bei den Hochschulen“, so Günther.

Er forderte nach dem Beschluss des Finanzausschusses SPD, Grüne und SSW auf, ihre alternativen Kürzungsmaßnahmen schnellstmöglich vorzulegen. Einen von CDU-Finanzexperte Tobias Koch gestellten entsprechenden Antrag lehnten SPD, Grüne und SSW umgehend ab. Sie weigerten sich auch, alternative Kürzungen vor einer Meldung an den Stabilitätsrat im Finanzausschuss zu besprechen.

„Die verantwortungslose Hochschulpolitik der Landesregierung darf nun nicht durch eine verantwortungslose Haushaltspolitik ersetzt werden“, kommentierte Günther.

Auf die Brisanz einer weiteren an den Stabilitätsrat gemeldeten zehn-Millionen-Euro Kürzung wies Finanzexperte Tobias Koch im Finanzausschuss hin. Diese betrifft das UKSH in Lübeck und Kiel. „Das ist eine reine Luftbuchung. Denn das UKSH-Defizit ist nicht Bestandteil des strukturellen Defizites des Landes und darf gar nicht angerechnet werden“, so Koch.

Angesichts eines derzeitigen Jahresdefizites beim UKSH von über 32 Millionen Euro sei eine Kostensenkung in diesem Umfang darüber hinaus illusorisch.

Massive Kritik am Krisenmanagement von Anstaltsleitung und Ministerium CDU beantragt Fragestunde zur Geiselnahme in JVA-Lauerhof

Nach der Geiselnahme in der JVA Lübeck-Lauerhof am Heiligen Abend kommen nach und nach neue Informationen ans Licht. Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Fraktion für die Landtagssitzung der kommenden Woche eine Fragestunde beantragt. Justizministerin Anke Spoorendonk soll dabei nicht nur zu den Abläufen in der JVA und ihrem Ministerium am Tag der Geiselnahme, sondern auch zu neuen Vorwürfen im Hinblick auf die Situation in Lauerhof vor der Geiselnahme Stellung nehmen.

Weitere Kritik kam in dieser Woche vom Vollzugspersonal. Einige Mitarbeiter wendeten sich mit anonymen Briefen an die Medien. Auch Ministerpräsident Albig wurde – in diesem Fall sogar unter Angabe des Namens und der Funktion - angeschrieben. In den Schreiben wird der Anstaltsleitung unter anderem vorgeworfen, dass ihr liberaler Vollzugsstil auf Kosten der Sicherheit gehe. Hier ein Zitat: „Sie legt mehr Wert auf die Freizeitgestaltung der Gefangenen, als auf die Sicherheit in der Anstalt.“ Michael Hinrichsen von der Gewerkschaft Strafvollzug warnte vor einer übermäßigen Liberalisierung der Haftbedingungen und findet: „Das ist in einer Anstalt wie Lübeck mit teilweise wirklich gefährlichen Gefangenen problematisch.“

Vier Insassen hatten am Heiligen Abend in einen Justizbeamten in ihre Gewalt genommen und mit einem Messer bedroht. Zwei Häftlinge sollen so versucht haben zu fliehen. Später gelang es den JVA-Mitarbeitern die Geiselnahmer zu überwältigen. Nach der Geiselnahme konnten drei Vollzugsbeamte nicht zum Dienst antreten. Einer von ihnen erlitt einen Rippenbruch.

Die Polizei wurde erst am Folgetag eingeschaltet, Justizministerin Spoorendonk erst 17 Stunden nach dem Vorfall informiert. CDU-Fraktionsvorsitzender Daniel Günther kritisiert dies scharf: „Nur wer unverzüglich alle Beweismittel sichert, kann mögliche Fehler analysieren.“ die

CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier und der innenpolitische Sprecher Dr. Axel Bernstein bezeichnen die späte Meldung des Vorfalls als schweren und nicht nachvollziehbaren Fehler.

Justizministerin Spoorendonk hat sich auch in dieser Woche erneut hinter die Leiterin der JVA gestellt und Vorwürfe gegen deren Arbeit zurück gewiesen.

CDU und Piraten wollen Ausschuss für Integration und Flüchtlingspolitik einrichten Parlament soll angesichts der Ratlosigkeit der Landesregierung die Aufgaben besser koordinieren



Astrid Damerow, flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Immer mehr Menschen aus Krisenländern suchen Schutz in Schleswig-Holstein. Dieser Zustrom an Menschen stellt die Politik in Schleswig-Holstein vor gewaltige Herausforderungen. Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion der Piraten den Antrag gestellt, einen Ausschuss für Integrations- und Flüchtlingspolitik einzurichten.

„Die Erfahrungen der vergangenen Monate haben gezeigt, dass die Landesregierung viel zu lange braucht, um abgestimmt und angemessen auf die gestiegenen Flüchtlingszahlen zu reagieren. Die Albig-Regierung steht dieser Herausforderung nahezu ratlos gegenüber und handelt viel zu langsam. Schleswig-Holstein wird dadurch seiner Verantwortung weder gegenüber den Flüchtlingen, noch gegenüber den diese aufnehmenden Kommunen in ausreichendem Maße gerecht“, erklärte die flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, dazu in Kiel.

Die zeitlich begrenzte Einrichtung eines eigenen Ausschusses wäre ein Ansatz, dies zu ändern. Bei integrations- und flüchtlingspolitischen Fragen handle es sich um eine Querschnittsaufgabe, die viele Ressorts betreffe. Daher sei es sinnvoll, diese in einem eigenen Landtagsausschuss zu bündeln.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2600/drucksache-18-2631.pdf>

Union setzt mündliche Anhörung zum Transparenzgesetz durch CDU will mit Änderungsantrag Eingriff in kommunale Selbstverwaltung verhindern



Finanzpolitiker Tobias Koch

In dieser Woche setzte die CDU-Fraktion ihre Forderung nach einer mündlichen Anhörung zum in der Kritik stehenden Entwurf für ein Transparenzgesetz durch. Die Regierungsfaktionen stimmten dieser, als Ergänzung zur bereits erfolgten schriftlichen Anhörung im Ausschuss, zu. Die CDU-Fraktion begrüßte die Einsicht der Regierungsfaktionen, bekräftigte allerdings gleichzeitig ihre Kritik am Gesetz, das einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung vorsehe. Vor diesem Hintergrund stellte die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag.

„Die in der schriftlich Anhörung deutlich gewordene Kritik am Entwurf der Finanzministerin ist offensichtlich auch bei den Regierungsfaktionen angekommen. Die CDU-Fraktion bekennt sich zu Transparenz und Offenheit, lehnt aber den von Heinold geplanten Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung ab“, erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Tobias Koch, in Kiel.

Er forderte die Regierungsfaktionen auf, dem zwischenzeitlich eingebrachten Änderungsantrag der CDU zuzustimmen. Dieser greife die Kritik der Betroffenen auf und sehe vor, die Regelungen auf Unternehmen, Anstalten und Stiftungen des Landes zu beschränken. Die darüber hinaus von der Landesregierung vorgesehene Hinwirkungspflicht für die kommunale Ebene würde dagegen aus dem Gesetzentwurf gestrichen.

„Wir maßen uns nicht an, über die Köpfe der kommunalen Entscheider hinweg in deren Unternehmen hinein zu regieren“, begründete Koch den CDU-Antrag.

Link zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/3800/umdruck-18-3876.pdf>

Norddeutsche CDU-Fraktionen kritisieren zu wenig Zusammenarbeit im SPD-geführten Norden Fraktionschefs stärken Dietrich Wersich den Rücken



CDU-Fraktionsvorsitzende der norddeutschen Bundesländer

Ob bei der Verkehrsinfrastruktur, den Häfen oder der Hochschulpolitik – im SPD-geführten Norden gibt es zu wenig Zusammenarbeit zwischen den Ländern, kritisierten die CDU-Fraktionschefs der norddeutschen Bundesländer auf ihrer Fraktionsvorsitzendenkonferenz in dieser Woche. Einen Monat vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg trafen sie sich am Donnerstag im Rathaus der Hansestadt zu Beratungen über eine Verbesserung der Kooperation zwischen den fünf norddeutschen Bundesländern. Diese habe unter der SPD erheblich gelitten. Mit ihrem Besuch im Hamburger Rathaus wollten die Fraktionsvorsitzenden auch ihren Hamburger Kollegen und CDU-Spitzenkandidaten bei der Bürgerschaftswahl, Dietrich Wersich, unterstützen.

Die Fraktionschefs bekräftigten die Bedeutung von zwölf Verkehrsprojekten für den gesamten Norden, deren Realisierung unter der Regierungsverantwortung der SPD teilweise bedrohlich ins Stocken geraten sei. „Wozu SPD-geführte Landesregierungen fähig sind, sieht man an der A20. Ein Ziel ist es, Hamburg verkehrstechnisch zu entlasten. Aber das ist der schleswig-holsteinischen Landesregierung egal. Laut Koalitionsvertrag endet die A20 an der A7, so dass der gesamte Verkehr durch den Elbtunnel muss“, bemängelte der schleswig-holsteinische CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther. Auch in der Hafenpolitik sei eine stärkere länderübergreifende Kooperation für alle Länder von erheblicher Bedeutung, um gemeinsam im wirtschaftlichen Wettbewerb, auch mit Rotterdam und Antwerpen, bestehen zu können. „Die norddeutschen Häfen sollen voneinander profitieren können, um ihre Konkurrenzfähigkeit auf nationaler und europäischer Ebene zu stärken“, heißt es in einem verabschiedeten Positionspapier.

Um den Hochschulstandort Norddeutschland zu stärken, forderten die fünf Fraktionsvorsitzenden die Landesregierungen auf, die Bafög-Mittel mindestens zur Hälfte in die Hochschulen zu investieren. In Schleswig-Holstein wie auch in Hamburg verweigern die SPD-geführten Landesregierungen den Hochschulen diese vom Bund bereit gestellten Mittel. Die Fraktionschefs sprachen sich zudem für eine regionale Profil- und Schwerpunktbildung in der Forschung aus. Aufgrund der Küstennähe seien Kooperationen gerade im maritimen Bereich mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen auch nach Übersee zu vertiefen.

Die nächste norddeutsche Fraktionsvorsitzendenkonferenz findet im April in Bremen statt.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de